

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von: Nr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband) Nr. 3 — für Deutschland (Couvert) Nr. 1.70 für Österreich (Couvert) Nr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate die dreizehnpennige Zeitzeile 25 Gts. — 20 Wtz.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volksbuchhandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen frankschwedische Briefe nach der Schweiz folgen Doppelpostporto.

Nr. 25.

Donnerstag, 18. Juni

1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt man sich die nötigen Verbindungen nach seinen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns mit wägen Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen. Es ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen und letztere dadurch zu falschen Hauptadressen zu veranlassen, doch unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern es möglichst an legend eine unüberbittige Absicht außerhalb Deutschlands und Oesterreichs zu senden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, doch auch und möglichst unfertigere Zustellungskarten mitgeteilt werden. In zweifelsfällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Retraumadrung. Somit an uns liegt, werden wir gewiß weiter Hilfe nach Außen suchen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst rechtzeitig zu liefern.

### Unseren ausländischen Brief- und Kreuzband-Abonnenten zur Nachricht.

Alle Einzelabonnements, welche vor Ablauf Juni nicht erneuert sind, werden mit Nr. 27 gesperrt. Bei Bestellung durch Vertrauensleute benachrichtigt man dieselben also rechtzeitig.

**Vorausbezahlung muß festgehalten werden.** Conto-Zuhaber belasten wir, wenn Abbestellung nicht vor Anfang Juli erfolgt, auf nächstes Quartal.

Abonnements für die Schweiz werden mit Nr. 28 nachgenommen.

Expedition des Sozialdemokrat.

### Allg. Wahl- und Unterstützungs- u. Fond.

- Im März und April gingen ferner ein:
- D. Großenhain M. 50 —. G. Salsungen 13 —. Rother Club Weihen 4 —. Freiburg i/Br. 10 —.
  - Hannover 50 —. Magdeburg 30 —. Halberstadt 25 —. Rürnberg 100 —. Ditto S. G. 40 —. Hannover 100 —. Solingen 46 75. Saarben 40 —. Fürth „d. Fr.“ 30 —. Bndh. Leipzig 21 —. Aus dem Grenzwald 1 50. Brandenburg 15 —.
  - Rürnberg 60 —. Von dem Gächsteten in Berge bei F. R. 2 —. R. M. in Fr. durch R. Fr. 16 —. (Fr. 20 —). J. R. Oberstr. 5 —. R. Sch. Oriemau 1 10. Ottopfennige, ges. im Schweizerhaus Konstanz 4 —. Fortsetzung derselben (vulgo Bismarckspende) 4 55. Von einem Gutsherrn in Sttg. 2 —. P. G. Jyehoe 19 40. Ottopfennige, ges. im Schweizerhaus Konstanz 1 —. Ed. Ggt. Rom. — 50. Samundia 2 50. R. M. Münster i/W. 2 —. Deutscher Ber. Neuchatel bei der Märzfeier 4 —. (Fr. 5 —). Glindstadt 1 20. S. G. durch R. Zürich 3 20 (Fr. 4 —). S. u. H. Redaripipe 4 —. Bern 12 20 (Fr. 15 25) durch Schütz. abzuliefern an die Antismarckspende. Landkreis Köln a. Rh. 100 —. Offenburg i. B. 9 20. G. B. G. — 28. W. K. R. Elm. 1 —. P. B. Kellinghufen 10 —. R. G. Antwerpen 8 —. (Fr. 10 —). G. Fr. Paris 1 60 (Fr. 2 —). Rother Holländer und sein Freund aus Gr. 1 70. A. Heims, Palmyra 2 08 (Fr. 2 60). Lodernde Flamme 2 —. Striegau 10 —. Rother Wauch 1 —.
  - Rürnberg M. 43 —. Guben 4 50. Chemnitz 21 —. Mannheim 20 50. Schleswig 2 50. Brandenburg 30 —. Cottbus 10 50. Jferloh 10 50. Gera 31 40. Sorau 4 55. Dresden-Mitt. 41 50. Dessau 5 50. Eßlin bei Weihen 8 50. Hildesheim 5 —. Halberstadt 21 —. Koblenz 6 50. Hensburg 10 50. Peine 3 —. Mannheim 20 50. Sorau 4 55. Apolda 15 80. Durlach 3 50. Buchholz 8 50. Eiegenitz 10 50. Ohlau 3 50. Romanes 3 50. Frankfurt a. M. 21 50. Kachen 5 50. Guggenau 16 —. Sommerfeld 3 50. Schweinfurt 5 50. Hamburg 230 50. Wülzburg-Sarkstruße 16 15. Kassel 21 —. Ein Statzgewinn 1 20. Wilhelms-haven 10 50.
  - Chemnitz 1 M. 51 —. Pforzheim 21 —. Eiegenitz 30 90. Weimar 10 50. Königberg i. Pr. 42 —. Schwabach 4 —. Zeitg 5 50. Bay-reuth 15 —.

Erst 1813 wurden die Gesetze abgeschafft, welche das Lohnmaximum festsetzten, und erst 1828 fielen gegenüber der drohenden Haltung der Arbeiter die grausamen Gesetze, welche die Arbeiterverbindungen verboten.

„Die englischen Fabrikarbeiter“, sagt Marx, „waren die Preisfester nicht nur der englischen, sondern der modernen Arbeiterklasse überhaupt, wie auch ihre Theoretiker der Theorie des Kapitals zuerst den Fehdehandschuh hinwarfen.“ (Kapital I., S. 304.)

Die gesetzliche Anerkennung der Arbeiterkoalitionen hat scheinbar dem Kampf der Arbeiterklasse um ihre Emanzipation von der Kapitalherrschaft die Spitze abgebrochen, denn von jener Zeit an kümmernten sich die englischen Arbeiter von Jahr zu Jahr weniger um theoretische Fragen, zeigten sie sich weit weniger darauf bedacht, das heutige Produktionssystem zu besichtigen, als darauf, sich unter diesem Produktionssystem möglichst günstige Existenzbedingungen zu sichern. Wenn wir von der Teilnahme der englischen Arbeiter an der Reformbewegung von 1832 und der Chartistenbewegung der vierziger Jahre absehen, so ist von einer revolutionären Massenbewegung der englischen Arbeiter seitdem anscheinend nichts mehr zu vermerken.

Es ist wahr, der Kampf der Arbeiterklasse spielt sich in England seit Langem in nichts weniger als revolutionären Formen ab, und gerade den bestorganisirten englischen Arbeitern ist das große Ziel desselben vielfach ganz aus den Augen geschwunden, sie haben nur noch Sinn für die Bedürfnisse des Tages.

Aber das darf uns nicht dazu verleiten, über die gewerkschaftliche Bewegung überhaupt den Stab brechen zu wollen. Zunächst kommt es nicht auf die Form, sondern auf das Wesen der Dinge an. Nicht Alles, was revolutionär aussieht, und sich revolutionär gerberdet, ist revolutionär; was unwirksam wirken soll, wird auch ohne das Etikett, wenn die Zeit gekommen, seinen Zweck erfüllen. Die Form des heutigen gewerkschaftlichen Kampfes greift der Stellung und Wirksamkeit der Gewerkschaften in späteren Phasen der Bewegung in keiner Weise vor.

Wenn die englischen Gewerkschaften heute auf die großen Ziele der Arbeiterbewegung anscheinend Verzicht geleistet haben, so ist es nicht die gewerkschaftliche Organisation, welche verantwortlich zu machen ist, sondern die bisherigen, besonders günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse Englands, welche es den englischen Arbeitern ermöglichten, sich eine weit günstigere Lebenshaltung zu erringen und zu erhalten als ihre Brüder auf dem Festlande Europas.

Englands industrielle Entwicklung bewegte sich eben, von den zeitweiligen Krisen abgesehen, bisher noch in aufsteigender Stufen, und weil es den Uebergang zur Großindustrie zuerst vollzogen, die Uebergangszuckungen also zu einer Zeit schon überwunden hatte, wo die anderen Länder erst Miene machten, ihrerseits in den Kampf um den Weltmarkt einzutreten, brauchten die englischen Fabrikanten nicht so rücksichtslos auf ihre „Hände“ zu drücken, als es anderwärts der Fall war. In England haben die Gewerkschaften lange Zeit wirklich auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung Erfolge für die Arbeiterklasse erzielen können, und daher kommt es, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Angriffen auf die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft Abstand genommen haben.

Soviel ist eben klar, der Sozialismus als Zukunftstheorie, als das Traumgebilde einer schöneren, besseren Zukunft, mag noch so viele Herzen begaubern, das bringt ihn seiner Wirklichkeit um kein Haarbreit näher. An schönen Phantasien hat es der Menschheit nie gefehlt. Was maßgebend ist, ist der Druck der Verhältnisse, das Gebot der Nothwendigkeit. Solange die Menschen ohne den Sozialismus bestehen können, oder richtiger, solange die kapitalistische Produktionsweise nicht thatsächlich den Bankrott gemacht hat, der wissenschaftlich bereits besiegelt ist, solange wird sie sich auch erhalten; der theoretische Nachweis allein genügt nicht, ein Gesellschaftssystem zu Gunsten eines anderen über den Haufen zu werfen. Frankreichs revolutionäre Arbeiterschaft hat trotz mehrfacher Erhebungen die Herrschaft des Kapitalismus auch noch nicht gestürzt.

Wenn sich also die englischen Arbeiter noch optimistischen Anschauungen über ihre Lage in der modernen bürgerlichen Gesellschaft hingeben, so ist es ganz verfehlt, die Gewerkschaftsbewegung hierfür verantwortlich zu machen.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter war und ist eine Nothwendigkeit, ein natürliches Produkt des bestehenden Klassenkampfes zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern.

Die moderne bürgerliche Gesellschaft beruht auf dem Grundsatz der freien Konkurrenz, des ungehemmten wirtschaftlichen Wettbewerbes. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß in diesem Konkurrenzkampf stets der Tüchtigere den Sieg behält über den Untüchtigen, daß die Schlachten, die auf dem

industriellen Schlachtfeld geschlagen werden, stets zum Vortheil der Gesamtheit ausfallen. Der durch nichts gehemmte wirtschaftliche Wettkampf führe zur höchsten Anspannung der Kräfte jedes Einzelnen, zur höchsten Produktivität der Gesamthätigkeit. Daß diese Voraussetzung in der Wirklichkeit sich an taugend, nicht in Rechnung gezogene Faktoren stößt, ist von der wissenschaftlichen Forschung bald konstatiert worden; schon Adam Smith, der doch als der geistige Vater des freien wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes gilt, weist darauf hin, aber nichtsdestoweniger ist sie für die bürgerliche Gesellschaft wesentlich maßgebend.

So stellt denn auch die Gesellschaft der besitzlosen Arbeiter dem besitzenden Kapitalisten sich als „freien Konkurrenten“, bezw. als freien Käufer oder Verkäufer gegenüber. Der einzelne Arbeiter aber fühlt sehr bald, daß er, der Verkäufer der Arbeitskraft, bei noch so großer Tüchtigkeit dem Kapitalisten gegenüber der schwächere ist und sich willenslos von diesem die Bedingungen des Kaufvertrages diktiert lassen muß, daß die soziale Ungleichheit also den Kampf von vorneherein zu einem ungleichen stempelt. Er muß sich nach einem Ersatzmittel umsehen, das ihm eine günstigere Position sichert, und als dieses Ersatzmittel zeigt sich ihm die Koalition, die Verbindung mit seinen Berufsgenossen.

Die Koalition oder, um bei dem gewählten Worte zu bleiben, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter verdankt ihre Entstehung nicht spekulativem Doktrinarismus, sondern sie ist, wie schon oben gesagt, ein natürliches Produkt des heutigen Klassenkampfes, nicht einzelne erleuchtete Köpfe haben sie geschaffen, sondern was sie ist, ist sie im Laufe der Zeit geworden.

Ursprünglich immer nur einem aktuellen Zwecke gewidmet, haben die Gewerkschaften nach und nach den Kreis ihrer Aufgaben, ihres Wirkens immer mehr erweitert, und sich speziell in England eine Machtposition errungen, die von allen Parteien heute willig anerkannt wird und, richtig angewendet, im gegebenen Moment von entscheidendem Einfluß sein dürfte.

Wir dürfen das gerne anerkennen, da wir uns neben den Lichtseiten des Gewerkschaftswesens auch seine Schattenseiten nicht verhehlen.

Bevor wir aber auf dieses Thema zu sprechen kommen, sei ein Ueberblick über die Aufgaben und die Bedeutung der heutigen Gewerkschaftsbewegung, wie sie sich im Laufe der Entwicklung in allen modernen Kulturländern gestaltet hat, am Platze.

### Offene Abstimmung in der Parteivertretung.

In der Rundschau der letzten Nummer veröffentlicht das Parteiorgan die Aufsicht eines Abgeordneten, welche ein mir bisher nicht bekannt gewordenes Rundschreiben des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London bepricht. Die Ausführungen des Einseiners wenden sich hauptsächlich gegen die seitens der Londoner bewirkte Veröffentlichung der Namen derjenigen sozialdemokratischen Abgeordneten, welche gegen die Dampferverträge und gegen die Erklärung der Fraktion gestimmt haben. Der Abgeordnete hält eine derartige Veröffentlichung der Abstimmungen der Mitglieder der Parteivertretung für eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit der Abgeordneten, sowie für eine Schädigung der Interessen der Partei. Auch die Redaktion des Parteiorgans scheint in der Veröffentlichung der Abstimmungsliste einen „mittelbaren Rechtsverstoß“ zu erblicken.

Da ich den Wortlaut des Londoner Rundschreibens nicht kenne, so kann ich selbstverständlich nicht wissen, ob dasselbe sonst etwas Ungehöriges, gewisse Mitglieder der Fraktion „Redendes“ enthält. Insofern aber der Einseiner in der Veröffentlichung von Listen über die Abstimmungen in unserer Fraktion an sich etwas Unzulässiges, die Parteizustände schädigendes erblickt, muß ich ihm entschieden widersprechen.

Die Öffentlichkeit der Abstimmung der Beauftragten ist ein durchaus demokratischer Grundsatz. Bei einer Reihe von republikanischen Behörden und Gerichten ist die öffentliche Abstimmung der Mitglieder eingeführt, und es ist dies von uns mit Recht als ein großer Fortschritt betrachtet worden. Die öffentliche Abstimmung gibt den Auftraggebern, dem Volke, in unserem Falle den Parteigenossen, die zur wirksamen Handhabung ihrer Rechte unumgängliche Möglichkeit der fortgesetzten Ueberwachung ihrer Beauftragten. Aus den Abstimmungslisten erblickt man am besten, wie man mit den einzelnen Beauftragten daran ist.

Wenn nun aber gar eine Körperschaft — wie dies bei unserer Fraktion der Fall ist und jetzt nicht anders sein kann — ihre Beratungen unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit hält, so bilden die Abstimmungslisten die einzige Möglichkeit der Ueberwachung seitens der Auftraggeber.

Wie ein Sozialdemokrat in einer solchen Ueberwachung der gewählten Vertreter seitens ihrer Parteigenossen eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit, eine Unmöglichkeit der freien Beratung, „ein

### Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter.

(Referat, gehalten auf dem Arbeiterkongreß zu Bern, Pfingsten 1885.)

II.

Wenn das Frankreich der großen Revolution in den Katechismus seiner „unveräußerlichen Menschenrechte“ zwar das Recht, Eigenthum zu besitzen, aufnahm, dagegen das Recht der Arbeiterverbindung als ein durchaus verderbliches verwarf, so folgte es darin nur dem Beispiel Englands, des Mutterlandes des bürgerlichen Liberalismus. Auch in dem „freien England“ bestanden die harten Gesetze gegen die Arbeiterverbindungen noch lange Zeit nach der bürgerlichen Revolution fort; erst unser Jahrhundert sah sie fallen.

Aber in England machte sich zuerst das Bedürfnis nach Beseitigung dieser einschränkenden Gesetzgebung geltend. Der Uebergang von der handwerklichen und manufakturmäßigen zur modernen großen Industrie hatte sich noch unter dem „Schutze“ dieser Zwangsgesetze vollzogen, und gerade in den revolutionärten Industrien hatte das seinerseits durch keine Zwangsgesetze bedrängte Kapital wahre Ausbeutungsgorgien gefeiert und dadurch den Widerstand der Ausgebeuteten hervorgeufen.

Dieser Widerstand konnte sich natürlich, solange der Uebergangsprozess dauerte, nur in zersplitterten, lokalen Kämpfen äußern, die eben ihres lokalen Charakters wegen zur Erfolglosigkeit verurtheilt waren. Zu diesen Kämpfen kommt jedoch den Arbeitern die Erkenntnis von der Nothwendigkeit der Organisation, und nun richtet sich ihr Widerstand nicht mehr gegen einzelne Kapitalisten, sondern gegen die ihnen feindliche Gesetzgebung. Der Klassenkampf selbst lenkt die Augen der Arbeiter auf die politische Gesetzgebung.

Jahrzehntlang haben die englischen Arbeiter kämpfen müssen, bis sie die ihnen feindlichen Gesetze zu Falle brachten, von Gesetzen zu ihrem Schutze konnte noch gar keine Rede sein.

\*) Bei der Stellung, welche der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in der betreffenden Angelegenheit überhaupt eingenommen, und angesichts der Tendenz des ganzen Rundschreibens konnte die angeführte Liste wohl keinen anderen Zweck haben. Gegen diesen Zweck aber haben wir uns gewendet; einer grundsätzlichen Regelung der von Genosse Bolkmar aufgeworfenen Frage sind wir selbstverständlich nicht entgegengesetzt.

Ausnahmsweise gegen die Abgeordneten" erklären kann, ist mir unerschnlich. Ich meinerseits sehe wenigstens in einer solchen Ueberwachung für meine Freiheit keine andere Beschränkung, als sie unsere Grundgesetze durchaus notwendig machen. Befindet sich meine Abstammung im Einklang mit der Ansicht und dem Willen meiner mich beauftragenden Genossen, so kann es mir nur angenehm sein, dies recht oft festgestellt zu sehen. Sind dagegen meine Auftraggeber mit meiner Abstammung unzufrieden, so ist es meine Pflicht, ihnen Rede zu stehen.

Entweder gelingt es mir dann, meine Genossen davon zu überzeugen, daß ich doch Recht gehabt, wenn ich die gegebene Frage auf Grund allgemeiner Erwägungen anders beurtheilte, als sie es gethan. Dies kann wieder dem Parteinteresse nur dienlich sein. Oder aber es stellt sich heraus, daß meine Anschauung und diejenige meiner Auftraggeber nicht zu vereinigen sind. Dann entsteht die Frage: welcher Wille steht höher, der Gesamtwille meiner Auftraggeber oder mein Sonderwille? Für den demokratischen Sozialisten kann es hier keinen Augenblick des Zauderns geben. Hat meine Unzufriedenheit erregende Abstimmung eine Sache von untergeordneter Bedeutung betroffen, oder ist eine solche Meinungsverschiedenheit zwischen meinen Genossen und mir selten, so werden sich erstere vielleicht mit einer Aufforderung oder einem Tadel begnügen, welche ich bei künftigen Abstimmungen zu berücksichtigen haben werde. Stellt sich dagegen eine fortgesetzte, tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen mir und meinen Auftraggebern heraus, so erhebt sich meine Pflicht, daß ich den erhaltenen Auftrag in die Hände Derer zurckgebe, welche ihn mir anvertraut haben und die bei einer Neuwahl endgültig darüber zu entscheiden haben werden, ob sie mich noch ferner als Vertreter ihrer Interessen und ihres Willens brauchen können und wollen.

Die Stellung dieser Frage mag ja für die Person des Vertreters manchmal recht unangenehm sein. Aber es handelt sich eben nicht um die Person, sondern um Recht und Interesse der Allgemeinheit.

Wie die offene Abstimmung der Beauftragten demokratisch ist, so ist die Heimlichthuererei, die „Antisprechschwiegenheit“ ber das, was bei Beratungen und Abstimmungen vorgekommen, ein unerkennbar autoritärer Zug. Wenn es in einem Ausschusse von Beauftragten einmal Brauch wird, die Beratungen und Abstimmungen mehr, als durch gegenseitige Gesetze, Parteien u. s. w. nöthig, mit Geheimniß zu beenden; wenn man einmal anfängt, von der „Kollegialität“ und „Solidarität“ der Mitglieder des Ausschusses auch gegenüber der Masse der eigenen Auftraggeber zu sprechen; wenn man sich daran gewöhnt, es als eine Pflicht dieser Kollegialität zu betrachten, daß die Rnderzeit sich den Entscheidungen der Mehrheit so unbedingt füge, daß sie nicht einmal ihren Standpunkt gegenüber den eigenen Auftraggebern geltend machen soll; wenn in allem und jedem nur mehr der eine Standpunkt der geschlossenen Körperlichkeit zum Ausdruck kommt und die Masse der Auftraggeber nicht mehr im Stande ist, die Beratungen und Abstimmungen ihrer gewählten Vertreter nach der sachlichen wie nach der persönlichen Seite nachzuprüfen; dann sind dies sichere Zeichen, daß sich die Beauftragten von der Masse ihrer Auftraggeber losgelöst, und als eine besondere höhere Körperlichkeit zu fühlen beginnen. Die Vertreter werden dann aus einem demokratischen Ausschusse von gewählten, mit stets widerstndlichen Vollmachten, beauftragten Beauftragten zu einer autoritären, gebietenden Körperlichkeit, welche ihre Entscheidung durch Wahl durchaus nicht sofort zu vergessen braucht, in der sich aber doch der diktatorische Zug immer deutlicher ausprägt wird.

Ich begnüge mich damit, diese Frage rein sachlich, grundsätzlich zu behandeln, und unterlasse jede Anwendung auf besondere Verhältnisse. Meine Absicht ist nur, eine Gefahr, welche durch das Sozialistengesetz und die durch dasselbe geschaffenen Parteiverhltnisse außerordentlich vergrößert wird, durch jedes mögliche Mittel ferngehalten zu sehen. Im Gegensatz zum Verfasser der besprochenen Einseitigkeit erkläre ich daher in der Veröffentlichung von Listen über die Abstimmungen innerhalb der Fraktion an sich — d. h. ohne voraus gezogene Schlussfolgerungen, welche Sache der Auftraggeber, also der Parteigenossen sind — nicht nur keine Gefahr für das Parteinteresse, sondern im Gegentheil ein sehr wirksames Mittel, eine drohende Gefahr abzuwenden. Ich habe deshalb während der Fraktionsberatungen der letzten Sitzungsperiode wiederholt Anträge auf Feststellung der Abstimmung und Befanntgabe des Stimmverhältnisses gestellt, und mich auch in Bezug auf die Vorgänge in der Fraktion, soweit dieselben von grundsätzlicher Bedeutung für die Parteigenossen waren, durch kein „Amtsgeheimni“ gebunden erachtet.

Um aber die Sache einmal zum grundsätzlichen Austrage zu bringen, werde ich, wie ich in Berlin bereits angekündigt, beim Wiederzusammentritt der Fraktion den Antrag stellen, daß insnftig in allen Fragen, wo nicht die Rücksicht auf die Gewalt eine Ausnahme erfordert, die Abstimmungen unserer Vertreter in den Fraktionsberatungen durch das Parteiorgan veröffentlicht werden.

Zum Schluß noch eine mehr nebenstzliche Bemerkung. Der Einsender des besprochenen Aufsatzes, welcher offenbar der Fraktionsmehrheit angehört, erklärt in der Veröffentlichung der Abstimmung eine Denunziation der Abstimmenden und beschwert sich deshalb darüber. Denn nun aber, wie neuerdings von Mitgliedern der Fraktionsmehrheit in gegnerischen Blättern Deutschlands behauptet worden ist, die überwältigende Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten“ wirklich auf Seiten der Fraktionsmehrheit stehen würde, dann könnten durch Abstimmungslisten doch offenbar nur die Mitglieder der Minderheit, nicht die der Mehrheit, „denunziert“ werden.

Nun halte aber ich meinerseits mich durch eine öffentliche Befanntgabe meiner Abstimmung keineswegs für „denunziert“; vielmehr kann es mir nur angenehm sein, wenn die Parteigenossen auf diese Weise in den Stand gesetzt werden, über mein Wirken zu urtheilen. Und soviel ich weiß, denken andere Mitglieder der Minderheit ebenso.

So wird durch die Veröffentlichung der Abstimmungen auch die Entscheidung über Parteifreiheiten, wie die jetzt schwebenden, wesentlich erleichtert und gefördert.

München, den 9. Juni 1885.

G. Bollmar.

## Zur „Diktaturfrage.“

Aus Kopenhagen ist an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ nachstehendes Schriftstück gelangt:

„Eine der im Parteiorgan veröffentlichten Erklärungen gegen die Fraktionserklärung — wir erinnern uns nicht genau, von wo dieselbe ausging — spricht sich etwa dahin aus, daß die Fraktionserklärung stark nach Diktatur rieche. Wie sehr recht die Genossen hierin haben, das hat kürzlich ein Mitglied der Fraktion in einer Korrespondenz an das hier (in Kopenhagen) erscheinende Parteiorgan ausdrücklich besagt. Derselbe schreibt nämlich — wir senden den Artikel ein —, daß, da die Partei im Kriegszustande sich befinde, eine diktatorische Leitung notwendig sei. Da aber eine persönliche Diktatur eine Gefahr für das demokratische Prinzip enthalte, so müsse man die Diktatur einer Körperlichkeit von Genossen übertragen — in diesem Falle der Reichstagsfraktion. Und es sei das auch auf den Kongressen in Wgden und Kopenhagen ausdrücklich anerkannt worden.

„Unseres Wissens ist nun zwar anerkannt worden, daß die Leitung der Partei in den Händen der Fraktion ruht; daß aber diese Leitung eine diktatorische sein muß und sein soll, davon wissen wir nichts. Wohl waren auf dem Kongress in Wgden Stimmen zu Gunsten einer Diktatur laut geworden, indeß siegte doch der demokratische Geist der Genossen, und die Diktatur — ob persönliche oder in den Händen einer Körperlichkeit ruhend, ist übrigens gleichgültig — wurde als undemokratisch und unnothwendig verworfen.

„Wenn nun aber der Korrespondent der Meinung war, daß Diktatur notwendig und daß dies auf den Kongressen ausdrücklich anerkannt worden, sowie daß die Fraktion mit dieser Diktatur betraut worden sei, warum veröffentlicht derselbe dies in einer Zeitung, welche von den meisten dabei interessirten Genossen weder gelesen noch verstanden wird? Unseres Erachtens wäre das Parteiorgan der deutschen Sozialdemokratie das einzige Blatt, wo solche Sachen zur Sprache gebracht werden sollten.

„Es wäre übrigens ganz interessant, zu erfahren, wie viele der Ge-

nossen für Diktatur schwärmen. Hoffentlich nur eine ganz verschwindende Minderheit. Die Erklärungen, welche in letzter Zeit abgegeben wurden, deuten wenigstens darauf hin, daß den Genossen der demokratische Geist nicht abhanden gekommen ist.“

Dies die Erklärung von deutschen Genossen in Kopenhagen. Der Verfasser der in dieser Erklärung erwähnten Korrespondenz schreibt dem entgegen an das dänische Parteiorgan: „Ehe ich zu dem Kernpunkt komme, zwei Bemerkungen.

Woher wissen die Verfasser der Erklärung, daß der Verfasser der fraglichen Korrespondenz im dänischen Parteiorgan ein Mitglied der Fraktion ist? Sind sie mit den deutschen Verhältnissen nicht genügend vertraut, um zu begreifen, daß ein solcher Versuch, den Schutz der Anonymität wenigstens theilweise aufzuheben, aus verschiedenen Gründen sein Bedenkliches hat?

Und warum ich meine Ausführung im dänischen Parteiorgan statt im deutschen veröffentlicht habe?

Erstens weil das von mir Gesagte für deutsche Parteigenossen selbstverständlich ist.

Und zweitens, weil ich keine Veranlassung hatte, mich persönlich in die durch die bekannte Fraktionserklärung hervorgerufene Polemik zu mischen.

Nun zum Hauptpunkt.

Was habe ich gesagt?

Ich bitte, meine ganze Korrespondenz vom 15. April d. J. zu lesen. Mit groerem Nachdruck kann man nicht für das absolute Recht der freien Meinungsäußerung und Kritik, für den demokratischen Charakter und das demokratische Wesen unserer Partei eintreten, als ich es dort gethan habe.

Freilich habe ich gesagt, die Fraktion, welche laut Kongrebeschluss die Parteileitung fhrt, und sich aus der Genossenschaft Mitglieder zu kooperieren hat, sei unter den gegenwärtigen Ausnahmestnden naturgemäß, eo ipso mit diktatorischer Gewalt ausgestattet.

Aber steht Diktatur etwa im Widerspruch mit dem demokratischen Prinzip? Forberte nicht Marat, der gewiß ein Demokrat war, die Diktatur — nur müsse der Diktator eine Kanonenkugel am Bein haben — also eine demokratische Diktatur?

Was heißt Diktatur? Disziplinäre Gewalt — Gewalt, die, unter Ausnahmestnden, im Auftrag des souveränen Volkes (oder wo es sich nicht um eine Demokratie handelt — der souveränen Regierung), jedoch nicht unter dessen beständiger und regelmäßiger Kontrolle, von einer Vertrauensperson oder einer Anzahl Vertrauenspersonen, unter deren persönlicher Verantwortlichkeit, für eine bestimmte, begrenzte Zeit ausgeübt wird.

Unter der römischen Republik hatten wir die Diktatur des Individuums.

Während der französischen Revolution hatten wir die Diktatur einer Körperlichkeit: des Konvents.

Daß die deutsche Sozialdemokratie sich seit Erlass des Sozialistengesetzes unter einem Ausnahmestnde befindet, wird von Niemand bestritten werden.

Ebenso wenig wird von Jemand, der die deutschen Parteiverhltnisse kennt, bestritten werden, daß eine regelmäßige Kontrolle, so wie sie vor dem Sozialistengesetz bestand, jetzt nicht möglich ist. Und damit ist die Nothwendigkeit der Diktatur von selbst gegeben.

Wer die deutschen Parteiverhltnisse kennt, weiß, daß ein großer, ja der grote Theil der Parteithtigkeit sich überhaupt der regelmäßigen, öffentlichen Kontrolle entzieht.

Und zwar im Interesse des demokratischen Prinzips!

Die Frage der Diktatur ist auf dem Wgden Kongress gar nicht errtet worden. Der Gedanke einer individuellen Diktatur wurde verworfen — das ist Alles. Mit dem Beschluss, daß während der Dauer des Sozialistengesetzes nur für jedes dritte Jahr ein Parteikongress obligatorisch gemacht wurde, war die Diktatur der Parteileitung ausgesprochen.

Natürlich eine demokratische Diktatur. Natürlich eine Diktatur innerhalb der Schranken des Parteiprogrammes, welche in den unantastbaren Rechten der Parteigenossen und im Interesse der Partei ihren Zweck und zugleich ihre Grenze hat.

In dem Streit, den die bekannte Fraktionserklärung hervorgerufen hat, ist die Frage der Diktatur meines Erachtens gar nicht aufgetaucht, geschweige denn prinzipiell zur Erörterung gelangt. Es war auch keine Veranlassung da. Die Proteste richteten sich gegen den vermeintlichen Versuch, die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei zu beschränken, und sie sind durch die spätere offizielle Erklärung, welche die Absicht eines solchen Versuches energisch zurückwies, gegenstandslos geworden.

In geeigneter Form wird diese meine Auseinandersetzung auch im deutschen Parteiorgan veröffentlicht werden.

Und damit glaube ich, sowohl der Redaktion und den Lesern des dänischen Parteiorgans, als meinen deutschen Genossen in Dänemark gegenüber mich von dem Verdacht undemokratischer Gesinnungen und Gelste gereinigt zu haben.“

\*\*

Für die Leser des deutschen Parteiorgans habe ich obiger Erklärung noch einige Worte hinzuzufügen.

Man muß den Ausdruck „diktatorisch“, „Diktatur“ in seiner richtigen Bedeutung auffassen. Der Ausdruck rührt von den Römern her, und die römische Republik verstand unter dem Diktator einen Vertrauensmann, den sie in Zeiten der Gefahr mit außerordentlichen Vollmachten ausstattete, welche Vollmachten jedoch nicht über die Gesetze und die Verfassung der Republik hinausgingen. Das muß festgehalten werden.

Wenn ich von einem diktatorischen Charakter der Parteileitung unter der Herrschaft des Ausnahmestandes rede, so meine ich damit also nicht, daß die Parteileitung das Recht habe, sich über die Gesetze und die Verfassung, d. h. ber die Prinzipien und das Programm unserer Partei hinwegzusetzen.

Uebrigens weiß Jeder, der unter dem Sozialistengesetz in der Partei thätig gewesen ist, daß die disziplinäre Gewalt sich nicht bloß auf die zentrale Parteileitung erstreckt. Unsere Partei ist keine geheime Gesellschaft, wie die Chemnitzer Staatsanwaltschaft es in ihrer Polizeirapport sich vorstellt, aber sie hat eine — man erlaube mir die Bezeichnung — eine vertrauliche Organisation, eine Organisation durch Vertrauensmänner und Vertrauenspersonen, welche dem Vertrauen ihrer Genossen ihre disziplinäre Gewalt verdanken, dieselbe jedoch verlieren würden, sobald sie das Vertrauen verlieren.

Es darf niemals außer Acht gelassen werden, daß unsere Partei eine theoretische und eine praktische Thätigkeit zu entwickeln, und ihre Kraft einerseits auf wissenschaftliche Förderung des Sozialismus, andererseits auf Verwirklichung der Ziele des Sozialismus zu richten hat.

Daß in Bezug auf die theoretische und wissenschaftliche Thätigkeit der Partei von einem diktatorischen Charakter der Parteileitung nicht die Rede sein kann, versteht sich von selbst; er kann nur da in Frage kommen, wo es sich um die praktische Thätigkeit der Partei handelt, insbesondere um den Kampf gegen die Feinde und Unterdrücker.

Deutschland, den 10. Juni.

Der Verfasser des „Diktatur“-Briefes im Kopenhagener „Sozialdemokrat“.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 17. Juni 1885.

— Der Meineid in Preußen. Der Prozess Stcker contra Baeker, welcher sich vergangene Woche in Berlin abspielte, hat nicht nur die Wirkung gehabt, den ehrenwerthen Vopsprediger des alten

Wilhelm in seiner ganzen Verkommenheit bloßzustellen und ihm für die Zeiten den Beinamen der Meineidspaffe zu sichern, er hat auch ein helles Licht auf die preussischen Justizverhltnisse geworfen und die Korruption enthüllt, die an Schmach ihres Gleichen sucht. Es kann nicht unsere Absicht sein, den ganzen Prozess zu rekapitulieren. Es sind nur großen Theil bekannte Dinge, welche die Vertheidigung des Angeklagten (Redakteur eines liberalen Berliner Lokalbltchens) gegen den „modernen Luther“, wie sich Herr Stcker von seinem reptilienkonsernativ-anstmlichen Depostels ist schon so oft in der Presse und von der Tribüne der Volkvertretung herab sonlatirt worden, daß jedem, der Ohren hat, zu hören, in dieser Beziehung nichts neues gesagt wurde. Auch die charakteristischen Ausfagen des Zeugen Grünberg — charakteristisch nicht sowohl in Bezug auf die angebliche Mitgliedschaft Hdels und Koblitz zur christlich-sozialen Partei, als vielmehr in Bezug auf das Gesinde, mit dessen Hilfe Herr Stcker „Deutschlands sittliche Wiebergeburt“ betrieb — sollen uns heute nicht beschäftigen; um was es sich diesmal nicht handelt, ist die Art und Weise, wie Staatsanwalt und Richter sich auf Htern und Whneren des Rechts zu Vertheidigern und Lgen und des Meineids aufzuwerfen, um den sich allerhöchsten Protektion erfreuenden Angeklagten zu bedecken. Ja, Herr Stcker ist in Wahrheit der Angeklagte, er, nicht sein Widerpart, wie sich zu vertheidigen; selbst der Vorsitzende des Gerichtshofes, Landgerichtsprsident Ktz, stand so unter dem Eindruck dieser Thatsache, daß er die Sitzung vom 13. Juni mit den Worten rffnete: „Ich sehe die Verhandlungen in der Anklagesache wider Stcker fort.“ Daß die Staatsanwaltschaft die Angriffe der Presse auf den christlich-sozialen Agitator Stcker als genügenden Grund angesehen, am 11. gegen die Beleidiger einzuschreiten, kann bei der bisherigen Praxis des Rasterinstituts kein Wunder nehmen. Für die Herren Staatsanwlter lag noch stets überall da, und nur da ein „ffentliches Interesse“ von Parteigngern der herrschenden Gewalt in Frage kommen. Für oppositionelle Elemente existirt der staatsanwaltliche Schutz nicht. Aber in dem vorliegenden Falle geht der biedere Staatsanwalt — sein Name ist Weichert — noch einen Schritt weiter. Er wird Privatanwalt Stckers, seine Anklagerede gegen Baeker wird — allerdings mißglückten — Vertheidigung Stckers.

Und nun höre man. Im Laufe der Verhandlung war der thtliche Beweis erbracht worden, daß Herr Stcker, der am 24. Jan. d. J. in öffentlicher Gerichtsverhandlung eidlich ausgesagt, er sei ein unbekannter Berliner Gewerkschaftsagitator und Stadtverordneter, heute zum ersten Male, Eswald wiederholt früher gesehen gesprochen. Freilich hatte die Polizei das Jährige gethan, diesen Beweis möglichst zu erschweren. Nicht nur weigerte sich das Polizeipräsidium und Ministerium, Eswald, der bekanntlich aus Berlin ausgewiesen, freies Geleit bezugs Vernehmung zu gewähren, es tritt überdies plötzlich, als die Roth Stckers am höchsten, der Kriminalkommission Schwäne mit der Behauptung auf, er habe in den Jahren 1881 und 1882 ein Eswald gekannt und zu überwachen gehabt. Aber diese Schwäne nützte nichts, der Ordnungsrath wählte von dem zweiten Eswald absolut nichts Näheres anzugeben. Ja, die Beweisaufnahme drohte ergebnislos zu sein, da Stcker den wirklichen Eswald vor jener Verhandlung nicht nur gekannt, sondern auch mit ihm konferrirt hatte, so der Gerichtshof es vorzog, um nicht seinerseits die Vorladung Eswald beantragen zu müssen, zu erklären: daß schon durch das eidliche Bekenntnis der Herren Tugauer und Wrck, thätlich erbracht ist, daß der Zeuge Stcker schon vor Ablegung seines eidlichen Zeugnisses mehrmals mit dem Eswald in persönliche Berührung getreten ist, und daß durch die persönliche Vernehmung des Zeugen Eswald an die thtlichen Feststellungen nichts geändert werden kann.“ Das heißt in anderen Worten, daß Stcker am 24. Jan. d. J. einen Meineid vor Gericht geleistet!

Meineid wird nach dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, — und wenn die Zeugen Ansehen der Person das Recht währen soll, so genügte die gestellte Thatsache, die Vernehmung Stckers in Anklagezustand nicht nur zu rechtfertigen, sondern zur Pflicht zu machen. Was sehen wir statt dessen? Der Herr Staatsanwalt kündigt nicht, daß er eine derartige Anklage beantragen werde, er nimmt im Voraus Stcker gegen eine solche in Schutz. Er sagt in seinem Vopsprediger wörtlich:

„Herr Stcker hat nach dem Protokoll beschworen: „Ich sehe Eswald heute zum ersten Mal“, während ihm nun nachgewiesen ist, er mindestens zweimal mit Eswald Auge in Auge verkehrt hat. Die Aussage des Zeugen Stcker in seinem Prozess ohne Zweifel falsch, es gibt aber falsche Eide, welche nicht strafbar sind, und dazu gehört dieser.“

Warum ist dieser falsche Eid nicht strafbar? Hat Stcker, wie seinerzeit unser Genosse Jbsen, etwa unter dem moralischen Druck gehandelt, entweder einen Meineid zu schwören oder einen politischen Kampfgenossen in's Gefängniß zu bringen?

Mit Nichten! War sich Herr Stcker etwa der Tragweite seines Eides nicht bewusst? Wie jene zwei Arbeiter in Landshut, welche ihren eingelagerten Rollen dadurch freizubringen hofften, daß sie in Abrede stellten, von ihm „Sozialdemokrat“ erhalten zu haben?

Mit Nichten! Herr Stcker hat gewußt, was er that, er hat in frivoller Weise vor Gericht falsch ausgesagt, lediglich um seinem politischen Gegner Eswald die Abrede von Verleumdungen zu erschweren. Der Stcker'sche Meineid ist nur deshalb „nicht strafbar“, weil Herr Stcker Vopsprediger ist!

Der sozialistische Abgeordnete Frohme hatte in der Reichstagsitzung vom 31. Januar wider den Polizeikommissar Engel in Altona eine Reihe schmerzlicher Vorwürfe wegen Amtsmissbrauchs erhoben. Auf ausdrückliches Verlangen und wiederholtes Ersuchen der Altonaer Staatsanwaltschaft sandte Frohme dieselben hinterher sein ganzes, hierauf bezugliches Material bezugs der Untersuchung gegen Engel. Darauf ist ihm jetzt der Beweis geworden, daß dieses Material der Staatsanwaltschaft zum strafrechtlichen Einschreiten keine Veranlassung gäbe. In dem 20 Seiten umfassenen Aktenstück heißt es u. a.:

„Die Ausfagen der vernommenen Polizeibeamten, soweit sie lediglich als Zeugen der betreffenden Verhandlungen, nicht als Beschuldigte betrachtet kommen, verdienen vollen Glauben und sind mindestens glaubwürdiger als die Befundungen der beteiligten Genossen Ihrer Partei, da diese selbst grotentheils zu den auf Grund Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1875 ausgewiesenen Personen gehören und sämmtlich den Polizeikommissar Engel und andere Polizeibeamte, welche jenes Gesetz anzuwenden haben, als ihre Feinde ansehen. Deshalb die Annahme nahe liegt, daß sie die Wrungen absichtlich entstellen, um die ihnen unbenahme am Thätigkeit der Polizeibeamten lahm zu legen. Diese Annahme wird dadurch unterstützt, daß aus den Druckschriften der sozialdemokratischen Partei, insbesondere aus dem Zentralorgan derselben, dem „Sozialdemokrat“, ersichtlich ist, daß einerseits der Haß gegen die Polizeibeamten insbesondere den hiesigen Polizeikommissar Engel, systematisch gepredigt, andererseits die Lehre verbreitet wird, daß ein Meineid im Interesse der Partei kein Verbrechen, ein in einem politischen Meineides Beurtheilte, ein Märtyrer, kein Verbrecher sei.“

Wohl also der „Sozialdemokrat“ in einem bestimmten Falle in einem Rechtswegen meineidig Erklären keinen Verbrecher zu erklären mochte, darum ist nach der staatsanwaltlichen Logik jeder Sozialdemokrat des Meineides verdächtig — nein, überführt; in Berlin stellt sich ein Staatsanwalt hin und verkündet vor Gericht: Es gibt falsche Eide, die nicht strafbar sind!

Und das nennt man Justiz — Gerechtigkeitspflege! Es gibt noch Leute, welche von „Recht sprechen ohne Ansehen der Person“ reden, und es gibt noch Leute, welche immer wieder vergessen, 1849 die babilonischen Freischärler bei Raffalt trotz Ehrenwortes des Preussens von Preußen gefangenrechtlich wurden, wie seit 1852 das offizielle Preussens vor dem eindruckreichen Staatsreichshalleunten Napoleon bandagirt, wie 1866 Bismarck sterreichische Soldaten zum Bruch des Rahment verleitete ließ, — es gibt noch immer Leute, welche nicht glauben wollen, daß der von allen Beamten des preussischen Staates beschworene Titel 4 der preussischen Verfassung:



reich das stärkste Kulturelement, aber sie sind nicht ausschließlich die Träger der Kultur. Andere Nationalitäten haben im Laufe der Zeit sich auch herausgebildet, haben eine eigene Literatur geschaffen und dürfen jetzt eben auch Anerkennung verlangen. Nur nationaler Dünkel kann ihnen die Berechtigung dazu absprechen. Im Ernst wird doch Niemand behaupten wollen, daß J. B. das ausstrebende Tölpeltum ein minderwertiges Kulturelement sei als etwa das fanatisch-katholische Tyrol. An sich hätte also die Vermehrung der tschechischen Deputierten wenig zu bedeuten, erst durch ihre Verbindung mit den reaktionären Elementen des Deutschthums werden sie der Sache des Fortschritts gefährlich. Diese unnatürliche Koalition ist aber die natürliche Folge des Nationalitätenhabers, der selbst wiederum ein natürliches Produkt ist des ganzen habsburgischen Regierungssystems, der Fluch jahrhundertelanger Eroberungs- und Unterdrückungspolitik.

Nicht der momentane Erfolg, den diese oder jene Rationalität heute erringt, schädigt die kulturelle Entwicklung, sondern der Rationalitätenhader überhaupt. Dieser aber wird so lange kein Ende nehmen, als das heutige Unterdrückungssystem andauert. Eine gemaltene Rationalisierung ist heutzutage ein Unbding, die Amalgamierung der Nationen ist nur noch von dem friedlichen Verkehr derselben auf dem Fuße der Gleichheit zu erwarten. Daran würde auch die Erfüllung des offenkundigen Wunsches der extrem Deutsch-Nationalen Oesterreichs, die Annexion an Preussisch-Deutschland, nichts ändern.

— Schweiz. In Zürich wurde am 15. Juni in einer sehr gut besuchten Arbeiterversammlung einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Ausweisung von Anarchisten, denen man keinerlei strafbare Handlungen nachweisen kann, als mit den Grundsätzen des Völkerrechts im Widerspruch stehend, scharf mißbilligt.

— In Belgien haben in den letzten Wochen verschiedene interessante Versammlungen stattgefunden. Die Delegierten der Partier Fachvereine zur Antwerpener Weltausstellung haben nämlich ihre Anwesenheit in Belgien demüthigt, um mit ihren dortigen Brüdern die verschiedenen Fragen zu besprechen, welche die Arbeiterklasse heute interessieren. In Brüssel, in Gent, in Lüttich, in Verdiers, in Charleroi — überall sind sie mit den organisierten Arbeitern in Verbindung getreten und haben sich über die Lage derselben, ihre Arbeitsweise, Arbeitsbedingungen u. s. w. informiert. Auf allen diesen Versammlungen hat es sich wieder einmal gezeigt, daß der alte Geist der Internationalen Arbeiterassoziation noch nicht todt ist; es waren wahre Verbrüderungsfeste der Proletarier Frankreichs und Belgiens.

Vielleicht kommen wir auf die ganz besonders interessante Versammlung in Brüssel, der Freund de Paape präsidirte, noch zurück.

— Aus Dänemark. Kopenhagen, den 11. Juni 1885. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Dänemark macht, wie schon bei den Folkethingwahlen voriges Jahr konstatiert werden konnte, zusehends erfreuliche Fortschritte. Seit jener Zeit raffen sich unsere Arbeiter mehr und mehr auf, um ihrer Partei das größtmögliche Ansehen und die Kraft zu verschaffen, welche wir benötigen, um den Kampf für die Emanzipation unserer Klasse mit Erfolg durchführen zu können. Wie in Deutschland Bismarck, so ist hier im Lande der reaktionäre Minister Estrup der beste Agitator für unsere Sache. Die Leser des deutschen Parteiorgans werden wohl genügend über die politischen Verhältnisse in Dänemark orientirt sein, weshalb ich sie füglich mit einer langen Auseinandersetzung über dieselben verschonen kann. Doch sei mir soviel mitgetheilt, daß das Ministerium Estrup durch seinen Gewaltakt des Verfassungbruchs — welchen es damit beging, daß es am 1. April d. J. den Reichstag nach Hause schickte und sich ein provisorisches Finanzgesetz beschrieb — dem Oppositionsgeist kräftigen Vorschub leistete. Unsere Partei benutzte diesen Gewaltakt als Anlaß zu einer großartigen Demonstration, die Anfangs April auf dem für uns historischen „Körtefæld“ („das nordische Feld“), welches so groß ist, daß Dänemarks gesamte Bevölkerung darauf Platz finden könnte) stattfand und im wahrhaften Sinne des Wortes eine Massenversammlung genannt werden konnte — man schätzte die Zahl der Theilnehmer auf 60,000. Man wird vielleicht diese Zahl für sehr übertrieben finden, doch theilte der Leiter derselben mit, daß die Versammlung im dichtesten Kreise ein Areal von 42,000 Quadraträcken einnahm.

Ich habe schon verschiedentlich mehrfach besuchten Volksversammlungen beigewohnt, doch muß ich gestehen, daß keine derselben dieser gleichkam. Von der mit ca. 40 rothen Fahnen geschmückten Rednertribüne soll es ein großartiges Schauspiel gewesen sein, diese Kopf an Kopf gedrängte Menschenmenge zu überblicken.

Als Redner traten auf die Folkethingabgeordneten Hørdum und Holm, sowie der Pianofortebauarbeiter Holst, welche den Gewaltakt der Regierung auf das Schärfste brandmarkt. Ganz besonders energisch sprach sich Holst aus, indem er z. B. erwähnte, daß man die Verbrecher Schritt für Schritt verfolgen müsse, bis sie ihre Laufbahn beschloffen hätten.

Da wir bis jetzt noch eine ziemlich unbeschränkte Redefreiheit genießen, und besonders noch nichts von einem Haß- und Berachtungsparagrafen kennen, bekam Holst keine Anklage auf den Hals. Die Versammlung nahm mit allen gegen zwei Stimmen schließlich eine Resolution an, die das Sorgehen der Regierung rückhaltlos verdammt und die Arbeiter aufforderte, sich fester und fester um das Banner des Sozialismus zu fassen.

Erwähnenswerth ist, daß das Militär in den Kasernen konspiziert war, sowie daß zwei Dampfschiffe in einem nahen Hospital in Bereitschaft gehalten wurden, um den eventuell ausbrechenden Jörn der Bevölkerung „abföhnen“ zu können.

Der 5. Juni, als Jahrestag der Einführung des Grundgesetzes, wurde von unserer Partei so auch diesmal mit einem Umzug und einem daran sich anschließenden Waldfest gefeiert. Am Umzug beteiligten sich 122 Vereine mit 130, zum größten Theile rothen Fahnen. Während zwei hiesige Blätter die Zahl der Theilnehmer auf ca. 20,000 angaben, veranschlagten andere Blätter reaktionärer Oberhand diese auf 12,000. Der Mittelweg wird wohl auch hier der goldene sein, und deshalb wird die Zahl 16,000, wohl annähernd richtig sein. Der Zug brauchte eine Stunde und fünfzehn Minuten, um an einem bestimmten Punkte vorüber zu kommen.

Das Fest im Walde verlief in der schönsten Ordnung, was man von dem Fest der Reaktionäre nicht sagen kann, denn diese vergriffen sich in höchst gemeiner und banditenhafter Weise an einem Referenten unseres Organs, „Sozialdemokraten“, der das Verbrechen begangen hatte, einen von der Kotte gemißhandelten Freund in Schutz zu nehmen. Die Bande wollte unseren Genossen in das Bassin werfen, woran sie jedoch von zwei Polizeierm verbindert wurde; darauf rief man ihm den Kopf und das Hemd entweih, und als er in Begleitung der zwei Schutzleute den Festplatz verließ, versetzte man ihm hinterwärts mit einem Todtschlag einen Schlag auf den Kopf.

So betrügt sich bei uns die „intelligente“ Bestie! Es ist das ein sicheres Zeichen für die nahe Verwesung der Estrup'schen Bauernschur-Partei.

Unser Kopenhagener Parteiorgan „Socialdemokraten“ hat jetzt beinahe 20,000 Abonnenten, und wird seit 1. April auf einer Rotationsmaschine gedruckt. Das Organ in Aarhus, „Demokraten“, kann ebenfalls einen erfreulichen Zuwachs von Abonnenten verzeichnen.

Die mündliche Agitation in den Provinzialstädten ist durchgehends von ausgezeichnete Wirkung und wird hauptsächlich betrieben von dem Journalisten Meyer und den Schriftstern Harald Jensen und Marott.

Schließlich will ich noch erwähnen, daß die Bewegung auch in den zwei anderen nordischen Ländern, Schweden und Norwegen, Fuß zu fassen beginnt, und namentlich selbst Schweden, durch die unermüdeliche Thätigkeit Kugust Palm's dazu angeregt, eine größere Schaar treuer Genossen.

R. B.  
Nachschrift. In Fredericia (Dänemark) haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Da die Arbeiter am Ertrag nach Deutschland geschrieben haben, bittet man, den Zugang nach dort zu verhindern.

— Amerika. Ueber den Prozeß Schwab in New-York, von welchem ein phantastischer Reporter dem deutschen Publikum allerhand pikantes Klatsch zu vermeiden weiß, erhalten wir einen längeren Bericht, dem wir nachfolgende Stellen entnehmen:

„Die New-Yorker Concordia Assembly Rooms-Affaire vom 2. Februar d. J., in welcher die Anarchisten sowohl wie besonders die Polizeigen New-Yorks sich eine traurige Verhäm-

heit erworben, hat aller Wahrscheinlichkeit nach jetzt wohl für immer vor der größeren Öffentlichkeit ihren Abschluß gefunden. J. Schwab war von der Polizei wegen Anstiftung zum „Riot“ (Aufruhr) angeklagt, er sollte nämlich an besagtem Abend sein Befolge zur Tödtung des Polizeikapitäns McCullagh aufgefordert haben. Aber trotzdem Staatsanwalt und Richter bei jedem Worte wie aufgelaufene Putzhühner das „rothe Gespenst“ aufmarschieren ließen, so daß es der Jury schier bunt vor den Augen ward, fanden sich vier Geschworene, welche sich nicht dazu verleben ließen, den Angeklagten der Polizeitrache zu überliefern. Daß J. Schwab, als Bierwirth, dem Dasse des Polizeikapitäns McCullagh, mit welchem dieser längst ein privates Händchen zu pfücken vor Begierde brannte, nicht zum Opfer gefallen, wird selbst der grimmigste Feind des „Freiheit“-Blattes mit Freuden begrüßt haben, ist es doch Thatsache, daß die Polizeigen in geradezu unerschöpflich die preussischen Prozeße sogar übertrumpfen der Weise auf die versammelten Männer und Frauen ohne Gnade und Barmherzigkeit losknüppelten. Wenn nun aber aus der Prozeßhandlung es dem Unbetheiligten erschein möchte, als ob Justus Schwab mit Bezug auf die famose Concordia-Affaire so ganz unbetheiligt, und nicht einer der moralischen Urheber der Knüppel, gewesen, so müssen wir als Freunde der Wahrheit und von unserem Partheipunkte denn doch energisch protestiren. Die Versammlung, einberufen von der Section New-York der Sozialistischen Arbeiterpartei, zu dem Zwecke, die Londoner Explosionen zu diskutieren, sollte nach vorgesehmem Plan und vorgesehener Absicht seitens der Herren Anarchisten mit Gewalt gezwungen werden. Von den Helden der That ward beschloffen, zur Verhärkung ihrer Kolonne die Namen O'Donovan Rossa's per Schreibebrief zu requiriren, überhaupt sich mit Knüppeln und Waffen aller Art auszurüsten, um den Sozialisten „gründlich beizupfeuern“. Alle Vorbereitungen zu diesem Heldenthat waren getroffen; fast mit dem Glockenschlag 8 Uhr sprang einer der kommandirten Helden auf die Plattform, suchte eigenmächtig die Versammlung zu eröffnen und gab so das Signal zu dem Skandal, der mit der Polizeiknüppelerei endete.

Der von der Polizei angestrengte Prozeß, in welchem, wie gesagt, die Anklage im Lichte höherer Instanzen korrigirt, war nun nichts weiter als eine köstliche Farce seitens der Polizei, welche in Justus Schwab ein willkommenes Schlachtopfer als Entschuldigung für ihre Knüppelbestialität gefunden zu haben glaubte.

Rur insofern sind wir mit dem Ausgang des Prozeßes zufrieden. Aber man bleibe uns vom Leibe, zu sagen, daß Justus Schwab nichts von der Injuriierung des Skandals gewußt, daß man ihm nicht Alles vorerst haarlein mitgetheilt, nicht Alles mit ihm ausführlich berathen habe. Wie dirigirende Feldherren erschießen Schwab und Rossus auf der Arena, und erst als die Geschichte schief ging, als die Polizei intervenirte und den anarchischen Generalen den Wind aus den Segeln nahm, hielten sie es für das Beste, der Ersteren sich als „decent Citizen“ (anständiger Bürger) zurückzuziehen, der Andere sich als echter Feigling und im Volgefühle seines höchsten Gewissens hinter die bekannten braunen, faltreichen Fenstergardinen — zu verziehen.

Man bleibe uns auch vom Leibe, die ganze Schuld an den verschlagenen Köpfen und Beinen auf die Polizei abzuwälzen, ist es doch nur zu wahr, daß es die Anarchisten waren, welche vorzeitig in alle Winde ausposaunten, einen energischen Schlag wider die Sozialisten unternehmen zu wollen, mit anderen Worten nicht Anderes heißt, als daß die vorgesehene Absicht hatte, sich als echte, wirkliche Polizei-Kowdies aufzuspielen. Bei Lichte betrachtet, war an jenem Abend zwischen der Aufführung der Anarchisten und Polizeigen durchaus kein solch wesentlicher Unterschied.

Wer aber seine Parteigänger sich als Kowdies zu betragen glaubt, ist selbst nicht weit vom Kowdium entfernt. Soweit wäre unsere Beurtheilung der Angelegenheit erledigt, wenn wir zu den Prozeßverhandlungen nicht noch eine ganz kleine charakteristische Note zu machen hätten.

Auf die Frage des Staatsanwalts Fellows nämlich, was die rothe Fahne bedeute, antwortete Justus Schwab: „Die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt!“ „Durch welche Mittel glauben Sie dieselbe zu Stande zu bringen?“ „Durch Erziehung. Man kann Niemand zur Solidarität zwingen, der unwissend wäre.“ Goldene Worte das, in der That, als dem Munde des Kowdies Anarchistenführers, goldene Worte, würdig, für alle Zeiten eingepreßt zu werden in der Erinnerung Derer, welche, wie in der „Freiheit“, Tag aus Tag ein die Sozialisten, welche sich stets als eine Propagandapartei betrachteten, begehrten und verspotteten; welche ohne Erwähnung von der Gewalt saluberten und Jehen mit dem Bannstrahl strafen, welcher von der Erziehung, der notwendigen Aufklärung der Massen über den Gang der ökonomischen Entwicklung auch nur den Mund aufthat.

Hoffentlich werden die konsequenten Anarchisten ihren Justus Schwab schelmisch bei Seite legen und ihn in's Register der „sozialistischen Schlafmützen“ einschreiben, umso mehr als er sich auch geflissentlich im Vertheil hütelte, sich die Bezeichnung eines Anarchisten beizulegen. Aber man kennt ja die Herren; Begriffe sind behäblich, und so werden sie auch für die Schwab'sche Erklärung über die Erziehung eine Definition bereit haben, die in echt pläffischem Sinne, also sophistisch, ganz in ihrem Kraut steht. Unser Justus Schwab ist in dem Prozeßvertheiler aber erkannt, und das ist für den Weisen gerade genug. X. Y. Z.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Korrespondenzen.

Königsberg i. Pr. Von Woche zu Woche habe ich es aufgeschoben, einen Bericht über den hier ausgebrochenen Uchlerstreik ans Zentralorgan zu senden, weil ich, und mit mir die hiesigen Freunde, abwarten wollten, bis etwas Bestimmtes und Positives über Erfolg oder Misserfolg zu berichten wäre. Ich will indeß nicht länger warten, wenngleich auch heute der Kampf noch ungeschieden ist.

Der Gang der Dinge ist bis jetzt in Kurzem folgender gewesen. Am 27. April legten die Gesellen sämtlich die Arbeit nieder. Einige kleine Meister bewilligten sofort. Die Andern wollten nur mit „ihrem“ Gesellen, aber nicht mit der Streikkommission unterhandeln; darauf ging jedoch kein Gehele ein. Nachdem die Polizei durch Verhaftung des Vorsitzenden der Kommission (Tags darauf wurde derselbe entlassen), Schließung des Fachvereins, dierer Hausdurchsuchungen, Verbot eines Zirkulars und gleichzeitige Einschüchterung des Druckers den Meistern ihre Handlangerdienste geleistet hatte, diese Herren aber die Erfahrung machen mußten, daß diese Maßnahmen nicht nur nichts fruchteten, sondern im Gegentheil nur die Arbeiter zu festerem Aneinandererschließen veranlaßten, bequemen sich die Herren Innungsmeister dazu, der Kommission Zugeständnisse zu machen. Man versprach eine zehnständige Arbeitszeit, 10% Lohnaufschlag und 14 R. Minimallohn. Die darauf tagende Uchlerversammlung erklärte sich mit den beiden ersten Punkten einverstanden, nur von den 15 R. Minimallohn wurde nichts abgesehen. Darauf zogen die Meister ihre Versprechungen zurück, und es wurde natürlich weiter gestreikt. Eine größere Werkschütte mit 56 Gesellen, welche, das sei hervorgehoben, auch schon früher den besten Lohnsatz gehabt hat, bewilligte die 10% Aufschlag, 15 R. und 10 Stunden, 8—10 Pf. Extravergütung für Sonntag und Extrastundenarbeit. Währenddem ich diese Zeilen schreibe, liegen noch circa 400 Arbeiter im Streik, circa 100 haben bewilligt erhalten, vielleicht 50 sind abgereist, und der Rest, außer einigen sehr wenigen Ueberläufern, hat Arbeiten auf eigene Rechnung, durch Vermittelung der Kommission, übernommen. Zur Charakteristik der Kampfweise der Meister führe ich an, daß dieselben in Provinzialblättern nach Gesellen annonciren und dort hinschreiben, der Streik wäre beendet. Aber zum Lobe der auswärtigen Arbeiter kann ich hinzufügen, daß auch nicht ein Einziger von auswärts den Streikenden Konkurrenz gemacht hat. In einer vergangenen Woche abgehaltenen Uchlerversammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die

Kampfweise der Meister unmoralisch genannt, und beschloffen wurde konsequent weiter aufzuharren.

Genossen! Es sind diese Vorkommnisse, wie sie sich überall bei den Streik ereignen; was aber dem Mitgetheilten einen besonderen Verleite, ist der Umstand, daß dieser Streik und die ihn begleitenden Ereignisse sich in Ostpreußen, in Königsberg, abspielten. Es ist das industriell wie politisch hochentwickelte Sachsen, es sind nicht geschulten Arbeiterbataillone Berlins, Dresdens oder Hamburgs, die im Feuer stehen und sich in diesem, wenn auch unblutigen, aber falls große Opfer verlangenden Kampfe tapfer halten; es sind die Preußen, und es ist der erste organisierte Streik, welcher sich in der Kronungsstadt am Pregeßtrande abspielt. Welche Opfer gebracht werden könnt Ihr ermessen, wenn ich Euch mittheile, daß in sechs Wochen an Unverheirathete für die ganze Zeit circa 16 R., an Verheirathete circa 20—22 R. gesahlt worden sind, und noch ist Alles intact, hat der Hunger keine Lücken in die Reihen der Kämpfenden geschlagen. Doch muß ich erwähnen, daß die Roth bei Bielen schon groß, sehr groß ist, aber auch den Meistern brennt der Boden unter den Füßen, dürfte der Streik bald zu Gunsten der Arbeiter entschieden sein.

Zum Schluß danke ich noch im Namen der Kommission für die den ausländischen wie inländischen Genossen gesandten Unterstützungen; indem ich bemerke, daß, da der Streik seiner besonderen Umstände wegen besonders Interesse erregt hat, weiterer Bericht und am Schluß folgen werden. Solltet Ihr noch etwas Klüßig machen können, sendet Schnell! Die Entschädigung kann bei der Dal'starigkeit der Mitgliederweise noch lange dauern. Daß das hiesige Pregeßtrandenkomersativ oder „freisinnig“, auf der Seite der Meister steht, ist verständlich.

Mathenow, 1. Juni. Unser Städtchen ist aus der Aufregung noch heraus. Der Raurerstreik besteht fort, und seit Oestern haben wir vier Brände gehabt. Die hiesige unflüchtige Polizei bringt natürlich Brände mit dem Streik in Verbindung und meint, die freireisenden Arbeiter könnten die Brände auf dem Gemissen haben, aber trotz Scharfsinns ist es ihnen Geheimen noch nicht gelungen, die Brände zu ermitteln. Die Schade!

Der Diebstahl der Regimentalkasse hängt also doch mit dem Streik zusammen. Vor dem Hause, welches den Schatz barg, standen zuvor Posten. Einen davon nahm man fort und stellte ihn vor das Meistebureau, welches sich im Hause eines reichen Raurermeisters befindet. Ob man das Bureau oder den Raurermeister gegen die Streik'schützen wollte, haben wir nicht in Erfahrung bringen können.

Der „U“ befang den schrecklichen Vorfall in einem rührsamem Brief, zu welchem der Anstoß — man denke! — von hiesigen Freunden des Kommandanten gegeben sein soll. Der Verdacht richtete gegen den Oberkassirer, der ein Spatzvogel ist. So muß Alles, was Militär ist, hier mit dem Säbel gehen, auch der Arzt, aber berührt ihn als Kräftstod. R. F. h.

D. Fechner, Schneider in Genf, wird hiermit aufgefordert, die brieflich mehrfach vergeblich erfolgte Abrechnung ungesäumt zu leisten.

Die Expedition des „Sozialdemokraten“

### Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen aus Kpolda, Warmbrunn, Riffingen, Leipzig, London, Rürnberg, Pflauen, Stuttgart: In nächster Nummer.

der Expedition: Von den P. Gen. in Hamburg: Nr. 800 (Fr. 1000 —) zum Wahlkampf d. Franzosen dtd. erh. u. weiter geleitet. Vire la solidarität! — C. R. Jh. Fr. 1. — Ab. pr. Ende Juni erh. August R.: Nr. 1290 a dir. Ab. 3 Du. erh. Bllg. folgt. Dank. Weiteres. — B. I—VI: Nr. 150 — a Cto. erh. Ab. 2c. notifizirt. D. Boigt New-York: Beide Bfe. am 13./6. erh. u. besorgt. — A. 5. Ep.: Nr. 440 Ab. 1. Juni—Ende Aug. erh. — J. 2. Egh. Nr. 4 — a Cto. Ab. erh. Bitten Bfe. künftig besser zu verschicken. H. Lgnr. Espanville: (Doll. 1 —) Fr. 5 10 Ab. 2. u. 3. Du. Rückständiges am 13./6. abgeg. — Bechledub: Nr. 5 — Ab. 3. Du. Schft. erh. — Feb.: Bf. v. 13./6. erh. Alles besorgt. — Rothke: Im Hauptgeschäftlichen einverhanden. Bllg. u. Bf. folgt. — Pl. Sch. Nr. 83 — baar u. in Sprch. a Cto. gutgedr. Fehlerhaftes zur Abwartet. Ertrag u. Bllg. folgt. — G. S. i. B.: Bllg. geplant, ist erst durchführbar, sobald die Schwierigkeiten z. e. h. l. i. c. erledigt sind, welche der erste Verleger macht. Anderer Ausweg v. G. abgelehnt. Feuerländer: Nr. 50 — a Cto. erh. Bll. weiter besorgt. — b-dr. 5. Meerzuchtbecks leserlich. „Herliche“ Jüge, Inappes Gefüge. Schließ erinnert an feurig Gemüths freundlich der Alex. Nachtrag vom 15. einget. — Rother Enom: Folgt, sobald verprohene Fortsch. da ist. Beritas: Bf. v. 12./6. erh. Weiteres besorgt. — Mercurius: Nr. 14 Ab. 1. Du. erh. Warum betr. Bb. noch immer kein Bescheid? — B. zahl G.: Ab. D. geändert. Dazu nimmt man eben heute, ohne Grund, G. gehört zu den glücklicherweise sehr wenigen Unpräzisen. Haben ermit. — Fruch: S. U. P. A. geordnet. Bf. folgt. — Feuerblume: 2. Rüge wegen Unvorsichtigkeit! Haben sie ihm ertheilt? Wie die h. o. l. t. e. Schlampererei mit Rügen statt mit Vertrauensentzug be- wolle, ist — wirklich „unvorsichtig!“ — R.: Bf. abdr. geordnet. Ertrag ungd. künftig besser vorsehen! — Driedes II: Gründe II: Vermuthung betr. Abdr. Schüffels wären für uns auch wissenschaftl. Weiteres vorgehen. — Der alte G.: Abdr. notirt. Auszug folgt. Berrichtung u. Gruß an die Andern. — Egoist. Rheinland: Bf. v. hier. Abdr. geordnet. Nota folgt. So kurz, beinahe zu kurz. — Bllg. dmsf. 240 Ab. 1. u. 2. Du. Nachfg. fort. — Gebr. Huths. St. Bllg. (Doll. 35 10) Fr. 177 70 a Cto. erh. — A. 2. Fdg.: Nr. 4 Ab. 3. Du. erh. — Leipzig: Nr. 50 — für d. franz. Wahlen dtd. u. abgeg. Früherer Dtg. pr. R. erledigen. Weiteres geordnet. — K. Folgtländer: Nr. 30 60 Ab. 2. Du. erh. Bf. Weiteres. — Karl Werr. jgr.: Nr. 200 — a Cto. erh. Bllg. u. nach Vorschritt. — Verre. Bf. v. 14. hier. Bll. folgt. Bf. anlangend siehe am Kopf d. Bl. Schürung: Bf. v. R. erh. u. abgeliefert. — Rother Spinne: Bf. besorgt. — Anruchbahn: Bf. v. 15. erh. Bll. besorgt. Sch. 2. folgt. — Rostok: Nr. 40 — f. d. französischen Wahlen dtd. erh. u. abgehandelt. — Bllg. folgt. B. o. r. a. u. s. d. e. z. a. h. l. u. n. g. Regel. Gesandte 3 gratis. — Sch. Rbg.: Bf. v. 15./6. erh. — Ratide: Nr. 100 — Cto. Ab. u. in Ggr. Post. gutgedr. Bf. unterwegs. —

Zum Betrieb für den Wahlsond der französischen Sozialdemokraten empfehlen wir:

„Für die französischen Brüder!“

In Partien à 100 Expl. Nr. 10 —. Porto extra.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich und Expedition des „Sozialdemokraten“

Zürich Samstag, 20. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale Kafe Reßler:

Schlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung: Wichtige Parteianglegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Sozialausflug

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Section New-York.

Sitzung des Zentralkomitees jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, 44. Wren und Douglas Street. Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkzeitung“, besonders Freitags und Samstags.